

Breitbandausbauvertrag (auf Basis Gigabit-RR)

über die Planung, Errichtung und den Betrieb eines vollständig flächendeckenden gigabitfähigen Breitbandnetzes

Zwischen der

NAME KOMMUNE
vertreten durch N.N.
Adresse

nachstehend „Landkreis/Stadt/Gemeinde oder Verbandsgemeinde“ genannt -

und

Unternehmen A
vertreten durch N.N.
Adresse

nachstehend „Netzbetreiber“ genannt -

nachstehend gemeinsam auch „Vertragspartner“ genannt -

wird ein privatrechtlicher Vertrag über einen geförderten Aufbau und Betrieb eines gigabitfähigen Breitbandnetzes in der NAME KOMMUNE (Erschließungsgebiet) geschlossen.

§ 1 Gegenstand und Inhalte des Vertrages, rechtliche Grundlagen

(1) Gegenstand des Vertrages ist die Planung, Errichtung und der Betrieb eines vollständig flächendeckenden FTTB-/FTTH-Netzes im Erschließungsgebiet durch den Netzbetreiber. Der Landkreis/Die Stadt/Gemeinde/Verbandsgemeinde zahlt dem Netzbetreiber zur Deckung seiner Wirtschaftlichkeitslücke einen Ausgleich.

(2) Der Netzbetreiber ist von der Kommune im Wege eines wettbewerblichen Verfahrens entsprechend den Maßgaben der

- Leitlinien der EU für staatliche Beihilfen zur Förderung von Breitbandnetzen vom 31.1.2023, Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland zur Unterstützung des flächendeckenden Aufbaus von Gigabitnetzen vom 31.7.2024 ausgewählt worden, um das gigabitfähige Breitbandnetz im Erschließungsgebiet zu errichten und zu betreiben.

(3) Das Netz muss geeignet sein, die Qualitäts- und Leistungsanforderungen gemäß Zuwendungsbescheiden vom ... (Anlage xx) zu erfüllen. Die Umsetzung dieser Anforderungen, insbesondere Inhalt und Umfang der vom Netzbetreiber konkret zu erbringenden Leistungen, ergibt sich aus diesem Vertrag, den oben genannten Zuwendungsbescheiden und der abgestimmten Leistungsbeschreibung, die auch das Erschließungsgebiet und die neu zu errichtende Infrastruktur enthält (Anlage 2). Die oben genannten Zuwendungsbescheide samt Nebenbestimmungen sind Bestandteil dieses Vertrages.

§ 2 Pflicht des Netzbetreibers zur Herstellung, Aufrechterhaltung des gigabitfähigen Breitbandnetzes, Gewährung eines offenen und diskriminierungsfreien Zugangs auf Vorleistungsebene

(1) Der Netzbetreiber verpflichtet sich, alle Maßnahmen zur Vorbereitung und Realisierung der zum Aufbau des Netzbetriebs erforderlichen technischen Arbeiten einzuleiten und den Gigabit-Netzbetrieb innerhalb von ... Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrages herzustellen.

(2) Der Netzbetreiber erbringt seine vertraglichen Leistungen nach den anerkannten Regeln der Technik und den behördlichen Vorschriften, die zum Zeitpunkt der Abnahme der jeweiligen Leistungen gelten. Die vom Netzbetreiber neu zu errichtende Infrastruktur ist Scheinbestandteil im Sinne von § 95 BGB. Der Netzbetreiber hat im eigenen Zuständigkeitsbereich die tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit der Aufbau des gigabitfähigen Breitbandnetzes erfolgen kann.

(3) Der Netzbetreiber versichert, dass er Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze im Sinne des § 5 des Telekommunikationsgesetzes (TKG) ist und für das Erschließungsgebiet über Erlaubnisse zur Benutzung öffentlicher Wege für die Errichtung von Telekommunikationslinien (wegerechtliche Nutzungsberechtigung gem. § 125 TKG) verfügt. Der Netzbetreiber wird binnen sechs Wochen nach Vertragsabschluss einen Projektplan übermitteln, sofern er diesen nicht bereits zusammen mit seinem Angebot vorgelegt hat. Aus dem Projektplan müssen sich die geplante zeitliche Umsetzung des Netzaufbaus ergeben und die damit zusammenhängenden Planungs- und Realisierungsschritte sowie der Inbetriebnahmetermin.

(4) Sollten sich im Rahmen der Realisierung Umstände ergeben, die den Inbetriebnahmetermin verzögern, hat der Netzbetreiber den Landkreis/die Stadt/Gemeinde/Verbandsgemeinde hierüber unverzüglich nach Kenntnis der Verzögerung zu informieren und den neuen Inbetriebnahmetermin mitzuteilen. Sofern Probleme bei der Standort- und Wegesicherung auftreten, unterstützt der Landkreis/die Stadt/Gemeinde/Verbandsgemeinde den Netzbetreiber bei Verkehrswegen in deren Baulast und bei kommunalen Liegenschaften im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten bei der Beseitigung.

(5) Der Netzbetreiber verpflichtet sich, die Breitbandinfrastruktur für einen Zeitraum von mindestens sieben Jahren ab dem Zeitpunkt der Fertigstellung und Inbetriebnahme entsprechend dem Vertragszweck und dem Verwendungszweck (gemäß den o. g. Zuwendungsbescheiden) sowie in Übereinstimmung mit den oben genannten Richtlinien zu verwenden (Bereitstellungsverpflichtung) und den Netzbetrieb für diesen Zeitraum aufrecht zu erhalten.

(6) Der Netzbetreiber muss im mit den Zuschussmitteln geförderten Breitbandnetz einen offenen und diskriminierungsfreien Zugang zu den errichteten Infrastrukturen gewährleisten, insbesondere Zugang zur unbeschalteten Glasfaser und zu Infrastruktur wie Straßenverteilerkästen, Pfählen, Masten, Türmen und Leerrohren bereitstellen sowie Bitstromzugang und vollständig physisch entbündelten Zugang zur Teilnehmeranschlussleitung ermöglichen. Ferner muss auch der Zugang zu außerhalb des Fördergebietes aber diesem nächstgelegenen Liegenschaften gewährleistet werden, soweit dies zum Erreichen der vorgenannten Infrastrukturen notwendig ist. Auf Antrag muss der offene Zugang an neuen Zugangspunkten zur geförderten Infrastruktur gewährt werden. Der Netzbetreiber kann sich die Herstellung des Zugangspunktes vorbehalten. Die Kosten sind vom Antragsteller zu tragen.

(7) Der effektive Zugang auf Vorleistungsebene soll so früh wie möglich vor Inbetriebnahme des Netzes für mindestens zehn Jahre und für passive Infrastruktur (einschließlich Kabel, wie unbeschaltete Glasfaser) für unbegrenzte Dauer gewährt werden. Falls der Netzbetreiber auch Endkundendienste anbietet, sollte der Zugang sechs Monate vor Inbetriebnahme gewährleistet sein mit dem Ziel, ein zeitgleiches Angebot auch durch den oder die anderen Anbieter zu ermöglichen.¹

(8) Im Falle einer Förderung müssen im gesamten geförderten Netz dieselben Zugangsbedingungen gelten, auch in den Teilen des Netzes, in denen bestehende Infrastruktur genutzt wurde. Darüber hinaus muss der Zugang auch zu Komponenten gewährt werden, die Teil des geförderten Netzes sind, aber nicht staatlich gefördert werden. Die Verpflichtung zur Zugangsgewährung muss unabhängig von Veränderungen bei den Eigentumsverhältnissen, der Verwaltung oder dem Betrieb der geförderten Infrastruktur durchsetzbar sein. Der Netzbetreiber ist verpflichtet, diese Verpflichtung auf Rechtsnachfolger zu übertragen.

(9) Im Sinne der Richtlinie zur Kostenreduzierung beim Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen, muss die geförderte Infrastruktur zukunftssicher sein; physische Charakteristika müssen so gestaltet werden, dass Dritte ihre aktiven und passiven Netzelemente an die bestehende Infrastruktur anschließen können.

(10) Der Netzbetreiber hat alle zur Sicherung der Baustelle nach den gesetzlichen Unfallverhütungsvorschriften erforderlichen Maßnahmen für die Dauer seiner zum Aufbau und Betrieb des gigabitfähigen Breitbandnetzes erforderlichen Arbeiten unter voller eigener Verantwortung auszuführen oder diese zu veranlassen. Er haftet für sämtliche aus der Unterlassung solcher Maßnahmen dem Landkreis/der Stadt/Gemeinde/Verbandsgemeinde erwachsenden Schäden.

§ 3 Vorleistungspreise

(1) Die durch den Bund und die Bundesnetzagentur verbindlich festgelegten Bedingungen und Preise für den Zugang Dritter auf Vorleistungsebene zum geförderten Netz sind anzuwenden.

(2) Die Festsetzung der Vorleistungspreise beruht auf einer der folgenden Benchmarks und Preisgestaltungsgrundsätze:

- a) den durchschnittlichen veröffentlichten Vorleistungspreisen, die in anderen vergleichbaren und wettbewerbsintensiveren Gebieten gelten,
- b) den regulierten Preisen, die von der Bundesnetzagentur für die betreffenden Märkte und Dienste festgesetzt oder genehmigt wurden, oder
- c) den Grundsätzen der Kostenorientierung oder einem nach dem sektoralen Rechtsrahmen vorgeschriebenen Verfahren.

§ 4 Zahlung der Ausgleichszahlung/Abnahme des Netzes

(1) Der Netzbetreiber kann nach eigenen Angaben bedarfsgerechte Breitbanddienste im Erschließungsgebiet nicht ohne finanzielle Beteiligung Dritter zu marktüblichen Bedingungen anbieten. Er hat dargestellt, dass ihm unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Betriebseinnahmen (Barwert aller Erlöse) im vereinbarten Netzbetriebszeitraum für einen Zeitraum von sieben Jahren ab Inbetriebnahme nach Abzug der voraussichtlichen Kosten (Barwert aller Kosten des Netzausbaus und -betriebs einschließlich der Investitionskosten) eine Wirtschaftlichkeitslücke in Höhe von ... EUR (in Worten: ...) entsteht.

(2) Der Landkreis/Die Stadt/Gemeinde/Verbandsgemeinde gleicht dem Netzbetreiber dessen Wirtschaftlichkeitslücke gemäß Absatz (1) aus, sobald der Netzbetreiber dem Landkreis/der Stadt/Gemeinde/Verbandsgemeinde einen entsprechenden originalen Rechnungsbeleg vorlegt und dieser positiv geprüft wurde. Die Auszahlung der Wirtschaftlichkeitslücke ist an die Herstellung des Breitbandnetzes und die Gewährung der in diesem Vertrag geregelten Zugangsbestimmungen gebunden.

(3) Von dem Landkreis/der Stadt/Gemeinde/Verbandsgemeinde sind die nachfolgend genannten Beträge zu den nachfolgend aufgeführten Fälligkeitsterminen zu leisten:

- erste Teilzahlung: 25 v.H. der in (1) genannten Wirtschaftlichkeitslücke für erbrachte Planungsleistungen (nach Abschluss der Wegesicherung), ca. drei Monate nach Vertragsunterzeichnung,
- zweite Teilzahlung: 25 v.H. der in (1) genannten Wirtschaftlichkeitslücke gemäß Baufortschritt,

- dritte Teilzahlung: 25 v.H. der in (1) genannten Wirtschaftlichkeitslücke gemäß Bau-
fortschritt,
- vierte Teilzahlung: 25 v.H. der in (1) genannten Wirtschaftlichkeitslücke nach Her-
stellung und Abnahme des gesamten Netzes.

(4) Der Netzbetreiber verpflichtet sich, die zum Ausgleich der Wirtschaftlichkeitslücke geleisteten Zahlungen nur zweckentsprechend und gemäß den Bedingungen dieses Vertrages und unter Einhaltung der oben genannten Richtlinien zu verwenden.

(5) Durch den Ausgleich der Wirtschaftlichkeitslücke erhält **der Landkreis/die Stadt/Gemeinde/Verbandsgemeinde** keinerlei Eigentum oder Eigentumsrechte an den technischen Anlagen des Netzbetreibers.

(6) Unmittelbar nach Herstellung der Breitbandversorgung übersendet der Netzbetreiber **dem Landkreis/der Stadt/Gemeinde/Verbandsgemeinde** eine Mitteilung über den Abschluss der Baumaßnahme (Fertigstellungsmitteilung) und das Ergebnis der Qualitätsprüfung hinsichtlich der tatsächlich realisierten Bandbreiten. Anschließend findet nach Maßgabe der oben genannten Zuwendungsbescheide eine Abnahme des Netzes durch **den Landkreis/die Stadt/Gemeinde/Verbandsgemeinde** und die Bewilligungsbehörde statt. An der Durchführung der Abnahme (insbesondere Messung der Bandbreite) hat der Netzbetreiber im Rahmen seiner Möglichkeiten mitzuwirken. Mit der Abnahme wird dem Netzbetreiber die mängelfreie Erbringung der in diesem Vertrag vereinbarten Leistungen bestätigt. Sind die Leistungen mit einem Sachmangel gemäß § 640 BGB behaftet, wird die vierte Teilzahlung erst mit der Beseitigung des Mangels fällig.

§ 5 Dokumentations-/Informations-/Mitteilungs-/Auskunftspflichten des Netzbetreibers

(1) Die geförderten Infrastrukturen sind zu dokumentieren. Die Eigentümer der geförderten Infrastruktur sind verpflichtet, die Daten über die neu geschaffenen Infrastrukturen der zentralen Informationsstelle des Bundes zwecks Aktualisierung und Pflege des Infrastrukturatlases sowie zwecks Aufnahme in den Breitbandatlas innerhalb von acht Wochen nach Fertigstellung der Arbeiten vektorbasiert in einem georeferenzierten Format unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

(2) Weiterhin muss der Netzbetreiber allen an der Mitverlegung gemäß § 146 TKG in der Fassung vom 1.12.2021 interessierten Unternehmen sowie den an der Nutzung der geförderten Infrastruktur interessierten Netzbetreibern alle erforderlichen Informationen, insbesondere zu den geförderten Infrastrukturen einschließlich Leerrohre, Straßenverteilerkästen und Glasfaserleitungen, auf Anfrage innerhalb einer Frist von vier Wochen zur Verfügung stellen.

(3) Der Netzbetreiber informiert **den Landkreis/die Stadt/Gemeinde/Verbandsgemeinde** mit gleicher Frist zum Zwecke der abschließenden Projektbeschreibung über die benutzte Technologie und die Vorleistungsprodukte, sofern diese Informationen nicht bereits vorliegen. Der Netzbetreiber hat berechnete Dritte auf Nachfrage umfassend und diskriminierungsfrei über seine aufgrund dieses Vertrages errichtete Infrastruktur (u. a. Leerrohre, Straßenverteilerkästen und Glasfaserleitungen) zu informieren.

(4) Soweit **der Landkreis/die Stadt/Gemeinde/Verbandsgemeinde** für die Erstellung des Verwendungsnachweises und der abschließenden Projektbeschreibung (nach Abschluss der Maßnahme) weitere Auskünfte und/oder sonstige Nachweise vom Netzbetreiber benötigt, stellt er diese **dem Landkreis/der Stadt/Gemeinde/Verbandsgemeinde** auf Anforderung zur Verfügung, sofern sie bei ihm vorliegen. Eine Ausnahme von diesen Verpflichtungen besteht nur, wenn Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse zu wahren sind. Dokumentations-, Informations- und Auskunftspflichten zur Erfüllung der oben genannten Zuwendungsbescheide bleiben davon unberührt.

§ 6 Absicherung der Pflichten des Netzbetreibers/Haftung

(1) Unabhängig von weitergehenden gesetzlichen und/oder vertraglichen Rechten verpflichtet sich der Netzbetreiber, im Falle der ganz oder teilweisen schuldhaften Nichteinhaltung der Pflichten nach § 2 **den Landkreis/die Stadt/Gemeinde/Verbandsgemeinde** auf Anforderung von allen Ansprüchen Dritter freizustellen, die gegen **den Landkreis/die Stadt/Gemeinde/Verbandsgemeinde** wegen der vorgenannten Pflichtverletzung geltend gemacht werden, und erstattet des Weiteren die ggf. notwendigen Kosten der Verteidigung. Voraussetzung ist, dass **der Landkreis/die Stadt/Gemeinde/Verbandsgemeinde** zunächst alle sinnvollen Rechtsmittel ausgeschöpft hat, um den Anspruch abzuwehren. Droht **dem Landkreis/der Stadt/Gemeinde/Verbandsgemeinde** aufgrund von Pflichtverletzungen des Netzbetreibers der Verlust der Förderung, ist der Netzbetreiber des Weiteren verpflichtet, im Rahmen des wirtschaftlich Angemessenen alle Erklärungen abzugeben und Maßnahmen vorzunehmen, die den möglichen Schadenseintritt durch Rückforderung der Förderung ausschließen und/oder minimieren. **Der Landkreis/Die Stadt/Gemeinde/Verbandsgemeinde** wird den Netzbetreiber in jedem Fall unverzüglich informieren, sobald ein Dritter entsprechende Ansprüche gegen **den Landkreis/die Stadt/Gemeinde/Verbandsgemeinde** geltend macht.

(2) Der Netzbetreiber verpflichtet sich gegenüber **dem Landkreis/der Stadt/Gemeinde/Verbandsgemeinde** zur Rückzahlung des zur Deckung der Wirtschaftlichkeitslücke gezahlten Betrags für den Fall, dass **der Landkreis/die Stadt/Gemeinde/Verbandsgemeinde** ihrerseits rechtskräftig zur Rückzahlung der Förderung aufgrund von Umständen verpflichtet ist, die der Netzbetreiber alleine zu vertreten hat, sofern **der Landkreis/die Stadt/Gemeinde/Verbandsgemeinde** zunächst alle sinnvollen Rechtsmittel dagegen ausgeschöpft hat. **Der Landkreis/Die Stadt/Gemeinde/Verbandsgemeinde** wird den Netzbetreiber unverzüglich informieren, sobald die EU oder der Fördermittelgeber derartige Rückforderungsansprüche gegenüber **dem Landkreis/der Stadt/Gemeinde/Verbandsgemeinde** ankündigen.

(3) Bei der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit haften die Vertragspartner einander unbeschränkt. Ebenfalls unbeschränkt haften die Vertragspartner einander für Personen-, Sach- und sonstige Schäden, die auf Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit beruhen.

(4) Darüber hinaus haften die Vertragspartner bei schuldhafter Verletzung wesentlicher Vertragspflichten, d.h. solcher Pflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Vertragspartner regelmäßig vertrauen darf (sog. Kardinalpflichten). Im Fall einer Verletzung wesentlicher Vertragspflichten, welche nicht auf Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit beruht, beschränkt sich die Haftung auf den Schaden, den der haftende Vertragspartner bei Abschluss des jeweiligen Vertrages als mögliche Folge der Vertragsverletzung vorausgesehen hat oder unter Berücksichtigung der Umstände, die er kannte oder kennen musste, bzw. hätte voraussehen können. In der Höhe haften die Vertragspartner einander in derartigen Fällen beschränkt auf den Betrag der Wirtschaftlichkeitslücke gemäß § 4 Abs. (1) dieses Vertrages.

(5) Die Beschäftigten der Vertragspartner haften dem anderen Vertragspartner persönlich nur bei Vorsatz.

(6) Die Haftung nach den Vorschriften des Produkthaftungsgesetzes bleibt unberührt.

(7) Soweit ein nicht vorsätzlich schuldhaftes Verhalten eines Vertragspartners dazu führt, dass von dem anderen Vertragspartner Vermögensschäden von Endkunden zu ersetzen sind und deshalb ein Anspruch dieses Vertragspartners gegenüber dem schuldhaft handelnden Vertragspartner besteht, so finden auf diesen Anspruch die Haftungsbegrenzungen des § 70 TKG in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.

(8) Darüber hinaus ist die Haftung der Vertragspartner ausgeschlossen, sofern nicht gesetzlich zwingend gehaftet wird.

§ 7 Mitwirkung durch den Landkreis/die Stadt/Gemeinde/Verbandsgemeinde

(1) Der Landkreis/Die Stadt/Gemeinde/Verbandsgemeinde übermittelt dem Netzbetreiber alle ihm/ihr zur Verfügung stehenden Angaben, die zur Erarbeitung der Netzplanung und zur Durchführung des Netzausbaus notwendig sind. Er/Sie erteilt die für den Netzausbau notwendigen Genehmigungen ohne Verzögerung und löst gemeinsam mit dem Netzbetreiber wegerechtliche Problemstellungen. Dazu benennt er/sie dem Netzbetreiber einen festen Ansprechpartner.

(2) Landkreis/Stadt/Gemeinde/Verbandsgemeinde und Netzbetreiber können vereinbaren, dass vor oder kurz nach Inbetriebnahme des geförderten Netzes gemeinsame Informationsveranstaltungen für Bürger und Unternehmen durchgeführt werden.

§ 8 Kündigung, Rücktritt und Rückzahlung

(1) Der Vertrag tritt mit Unterzeichnung durch beide Vertragspartner in Kraft.

(2) Der Landkreis/Die Stadt/Gemeinde/Verbandsgemeinde ist zum Rücktritt aus wichtigem Grund insbesondere dann berechtigt, wenn ein zwingender Ausschlussgrund im Sinne von § 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), insbesondere Vorteilsgewährung (§ 333 StGB) und Bestechung (§ 334 StGB) vorliegt. Weitere wichtige Gründe sind auch die Abgabe von Angeboten, die auf wettbewerbsbeschränkenden Absprachen im Sinne von § 298 StGB beruhen, sowie die Beteiligung an unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen im Sinne des GWB, insbesondere die Vereinbarung mit Dritten über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, über zu fordernde Preise, über die Entrichtung einer Ausfallentschädigung (Gewinnbeteiligung oder sonstige Abgaben) und über die Festlegung von Preisempfehlungen. Der Netzbetreiber hat dem Landkreis/der Stadt/Gemeinde/Verbandsgemeinde alle Schäden zu ersetzen, die unmittelbar oder mittelbar durch den Rücktritt vom Vertrag entstehen.

(3) Der Landkreis/Die Stadt/Gemeinde/Verbandsgemeinde kann den Vertrag – unbeschadet weitergehender Rechte – fristlos kündigen, wenn der Netzbetreiber wesentliche Pflichten aus diesem Vertrag oder aus der Richtlinie schuldhaft verletzt und der Landkreis/die Stadt/Gemeinde/Verbandsgemeinde den Netzbetreiber zuvor unter Setzung einer angemessenen Frist zur Abhilfe aufgefordert hat.

Dies gilt insbesondere dann, wenn die vollständige Inbetriebnahme des gigabitfähigen Breitbandnetzes im Zielgebiet nicht bis zum in § 2 Absatz 1 festgelegten Zeitpunkt oder nach Ablauf dieses vereinbarten Zeitpunkts erfolgt und dies auf Gründen beruht, die der Netzbetreiber zu vertreten hat oder der Landkreis/die Stadt/Gemeinde/Verbandsgemeinde seinerseits/ihrerseits aufgrund von Umständen, die der Netzbetreiber allein zu vertreten hat, rechtskräftig zur Rückzahlung der Förderung verpflichtet ist.

(4) Der Netzbetreiber ist berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten, wenn er das für die Breitbandversorgung des Ausbaubereiches benötigte gigabitfähige Breitbandnetz nicht wie geplant und angeboten errichten kann, weil er die dafür erforderlichen Zustimmungen oder Genehmigungen nicht oder nicht zu wirtschaftlich üblichen Bedingungen erhalten hat. Darüber hinaus kann der Netzbetreiber vom Vertrag zurücktreten, wenn er die für die Errichtung des gigabitfähigen Breitbandnetzes erforderlichen Zustimmungen und Genehmigungen trotz rechtzeitiger Beantragung nicht so rechtzeitig erhält, dass er seine vertragliche Leistung noch fristgerecht erbringen kann. Im letztgenannten Fall entfällt das Rücktrittsrecht des Netzbetreibers, wenn die Vertragspartner sich auf eine entsprechende Verlängerung der vertraglich vereinbarten Ausführungsfristen geeinigt haben.

(5) Die Kündigung bzw. der Rücktritt bedürfen der Schriftform. Etwaig bestehende Schadenersatzansprüche des Landkreises/der Stadt/Gemeinde/Verbandsgemeinde berühren das Recht auf einen Rücktritt vom Vertrag nicht.

§ 9 Nebenbestimmungen

(1) Nebenabreden sind nicht geschlossen. Die Aufhebung, Änderung oder Ergänzung des Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Frühere mündliche oder schriftliche Vereinbarungen in Bezug auf den Vertragsgegenstand treten mit Inkrafttreten dieses Vertrages außer Kraft.

(2) Gerichtsstand für alle sich aus diesem Vertrag ergebenden Rechtsstreitigkeiten ist der allgemeine Gerichtsstand **des Landkreises/der Stadt/Gemeinde/Verbandsgemeinde**.

§ 10 Schlussbestimmungen

(1) Die Vertragspartner vereinbaren, dass der Vertrag mit Ablauf der in § 2 Abs. (5) vereinbarten Frist endet. Pflichten nach § 2 Abs. (6) Satz 4 und § 10 Abs. (4) wirken fort.

(2) Der Netzbetreiber wird **den Landkreis/die Stadt/Gemeinde/Verbandsgemeinde** spätestens 12 Monate vor Ablauf der Bereitstellungsverpflichtung von sieben Jahren informieren, sofern er nach Ablauf der Bereitstellungsverpflichtung die Versorgung des Erschließungsgebietes mit Breitbandinternetzugängen einstellen will.

(3) Für den Fall, dass nach Ablauf der Zweckbindungsfrist das geförderte Netz vom Netzbetreiber stillgelegt bzw. nicht mehr betrieben werden soll, hat der Netzbetreiber den Weiterbetrieb zu marktüblichen Konditionen auszuschreiben. Dabei ist auch eine Aufrüstung des Netzes möglich.

(4) Die Vertragspartner verpflichten sich, über alle geschäftlichen und betrieblichen Informationen, die ihnen im Rahmen der Zusammenarbeit bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren. Insbesondere verpflichten sie sich, die Informationen ausschließlich zur Durchführung dieses Vertrages zu verwenden und sie weder anderweitig zu nutzen noch Dritten mitzuteilen. Satz 1 gilt nicht, wenn und soweit die betroffene Vertragspartei nachweist, dass die preisgegebenen Informationen allgemein bekannt sind oder sie auf Grund gesetzlicher oder zuwendungsrechtlicher Bestimmungen gegenüber Behörden oder Dritten zur Mitteilung oder Veröffentlichung verpflichtet ist.

§ 11 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam oder nicht durchführbar sein, so werden die übrigen Bestimmungen dieses Vertrages davon nicht betroffen. An die Stelle der unwirksamen Bestimmung tritt eine wirksame Bestimmung, durch welche der beabsichtigte Vertragszweck, soweit dies möglich ist, in rechtlich zulässiger Weise erreicht werden kann. Gleiches gilt für etwaige Vertragslücken.

_____, den _____

_____, den _____

Landkreis/Stadt

Gemeinde oder Verbandsgemeinde

Unternehmen A

Anlagen

- Anlage 1: Zuwendungsbescheide vom ...
- Anlage 2: Abgestimmte Leistungsbeschreibung inklusive Darstellung des Erschließungsgebietes und der neu zu errichtenden Infrastruktur